

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

4.6.1924 (No. 130)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. A. M. u. b.
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstag 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antizip. Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagerverkauf, zwangsweiser Verbreitung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ansperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen anderer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in verkürztem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 26. auf Monatsabschluss erfolgen.

* Das neue Kabinett Marx

Der unpolitisch denkende Staatsbürger wird geneigt sein, zu sagen, daß man, um das alte Kabinett Marx zu erhalten, nicht wochenlange Verhandlungen mit zum Teil freierhänder Zuspitzung hätte zu führen brauchen. Der Politiker wird anderer Ansicht sein. Er wird gerade aus dem Verlauf der Besprechungen unter den Parteien die Überzeugung gewonnen haben, daß solche Besprechungen dringend notwendig waren und doppelt und dreifach notwendig waren, gerade wenn man von vornherein die Beibehaltung des alten Kabinetts für das richtigste hielt. Dem Volk selbst mußte durch diese Verhandlungen die Erkenntnis beigebracht werden, daß nur die Fortführung der Regierungsgeschäfte durch das alte Kabinett als letztes Hilfsmittel in Frage kommen könne, wenn die Deutschnationalen sich weigern sollten, die Grundlinien der bisherigen Außenpolitik dieses Kabinetts anzuerkennen. Und die Deutschnationalen haben sich geweigert.

Nun liegen die Dinge jedoch keineswegs so, als ob die bürgerlichen Koalitionsparteien a priori die Absicht gehabt hätten, die Unmöglichkeit einer Zusammenarbeit mit den Deutschnationalen unterm Volke ad oculos zu demonstrieren und daraufhin mit dem alten Kabinett vor das Parlament zu treten. Im Gegenteil! Alle drei Koalitionsparteien haben sich nicht nur ehrlich, sondern auch sehr tatkräftig um die Herstellung eines sog. „Bürgerblocks“, um die Herstellung einer Zusammenarbeit mit den Deutschnationalen bemüht. Wir haben gestern bereits festgestellt, daß es lediglich die übertriebenen Forderungen der Deutschnationalen und die Zweideutigkeit ihrer Fassung gewesen sind, die die Errichtung eines Bürgerblocks unmöglich machten. Denn davon konnte natürlich für die drei Koalitionsparteien einschließlich der Deutschen Volkspartei keine Rede sein, daß die Grundlinien der bisherigen Außenpolitik abgeändert worden wären.

Und deshalb hat auch die Deutsche Volkspartei daran festgehalten, daß Stresemann nachwievor Reichsaußenminister bleibe, da nur so die Gewähr für eine Fortsetzung der bisherigen Politik geboten sei. Und das war gut gehandelt. Denn, wenn überhaupt eine Politik uns wieder aus dem Elend herausführen kann, so ist es die Politik, die das Kabinett Marx bisher nach außen getrieben hat. Und auch die Sozialdemokratie läßt gar keinen Zweifel darüber aufkommen, daß sie ein Kabinett Marx in der Ausführung dieser Außenpolitik unterstützen werde.

Gestern sahien es so, als ob die Deutschnationalen gewillt wären, sich dem bisherigen Regierungsprogramm anzubehalten. Als der Reichskanzler Marx dann aber eine dementsprechende, schriftlich niedergelegte Erklärung des deutschnationalen Parteivorsitzenden Sergt verlangte, büste dieser zurück und verweigerte die Abgabe einer solchen Erklärung. Ein wirklich klares und einseitiges außenpolitisches Programm haben die Deutschnationalen während der ganzen Verhandlungen nicht aufgestellt.

Im Ganzen aber bleibt der Eindruck bestehen, daß sie eine wesentliche Änderung der bisherigen Außenpolitik wünschen. Schon allein der Name Tirpitz bürgt dafür, daß sie nicht nur eine völlig andere Methode der Außenpolitik, sondern auch eine gewisse Neuorientierung dieser Außenpolitik in sachlicher Hinsicht fordern. Damit sollte eine reifliche Verwerfung des Sachverständigenberichts wohl nicht verbunden sein. Immerhin wäre, wenn die drei bürgerlichen Mittelparteien sich den Wünschen der Deutschnationalen untergeordnet hätten, eine Änderung der Außenpolitik notwendig gewesen. Und die Folge dieser Änderung hätte sich sofort in einem für uns schädlichen, wenn nicht geradezu katastrophalen Sinne bemerkbar gemacht. Und das mußte vermieden werden.

Das deutsche Volk hat alle Veranlassung, den drei bürgerlichen Mittelparteien, die fest bei der Stange geblieben sind, für diese ihre zielbewusste und umsichtige Haltung zu danken. Und auch das Ausland wird zweifellos von der Lösung, die die deutsche Regierungskrisis nun einstweilen gefunden hat, befriedigt sein. Damit ist die Bahn nunmehr frei für die Regelung der Reparationsfrage auf der Grundlage des Sachverständigenberichts. Ob das Kabinett Marx in jenen Fällen, wo die Durchführung des Sachverständigenberichts eine Zweidrittelmehrheit im Reichstag erfordert, diese Zweidrittelmehrheit bekommen wird, bleibt einstweilen noch fraglich. Nur dann, wenn die Deutschnationalen oder ein erheblicher Teil von ihnen dem Kabinett wenigstens neutral, also praktisch mit Stimmhaltung, gegenübertritt, wäre das Zustandekommen einer solchen Zweidrittelmehrheit sicher. Im anderen Falle bliebe wohl nichts anderes übrig, als eine Reichstagsauflösung mit folgenden Neuwahlen.

Politische Neuigkeiten

Neubestätigung des Kabinetts Marx

Reichstag, Berlin, 3. Juni. (Amtlich). Der Reichspräsident hat den bisherigen Reichskanzler Marx in diesem seinem Amte bestätigt und auf Vorschlag des Reichstags auch die bisherigen Reichsminister in ihren Ämtern neu bestätigt.

Über die Vorgänge vor diesem Schritt des Reichspräsidenten wurde noch gemeldet: Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet sind die getrigen Verhandlungen zur Schaffung eines großen Bürgerblocks schließlich erfolglos geblieben, weil die Deutschnationalen es für untragbar erklärten, wenn sie nicht nach ihrer Fraktionsstärke bei der Besetzung der Ministerposten berücksichtigt würden und wenn nicht zugleich Sicherungen für entsprechende Bestrebungen der Koalition in Preußen gegeben würden. Schließlich kamen die Demokraten und das Zentrum überein, daß ein Weiterverhandeln mit den Deutschnationalen als aussichtslos erscheinen müsse. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei entschied sich ebenfalls in diesem Sinne und entschloß sich, mit Rücksicht auf die durch die politische und wirtschaftliche Lage gebotene Dringlichkeit die bisherige Koalition wieder aufzunehmen.

Wie die Wälder mitteilen, traten nach der Neubestätigung des bisherigen Reichskanzlers Dr. Marx und der bisherigen Reichsminister durch den Reichspräsidenten die Mitglieder des Reichstags am 3. Juni um 10 Uhr in der Reichshausung zusammen, die der Formulierung der Regierungserklärung galt. Die Wälder rechnen damit, daß die Regierung heute nachmittags 5 Uhr mit dieser Erklärung vor den Reichstag treten kann. An die vom Kanzler abgegebene Regierungserklärung wird sich eine Debatte schließen in der die Koalitionsparteien eine gemeinsame kurze Erklärung abgeben dürften.

In einer in späteren Nachstunden veröffentlichten Erklärung nimmt die Deutschnationalen Fraktion zum Scheitern der getrigen Verhandlungen Stellung. Es wird darin betont, daß die Fraktion alles versucht habe, um durch weitestgehendes Entgegenkommen eine, dem Wahlergebnis einigermassen entsprechende, Umwidmung der Regierungsverhältnisse zu ermöglichen. Sie habe im Kompromißwege eine Einigung über den weiter ausliegenden Kurs gesucht. Selbstverständlich sei dabei eine Änderung des bisherigen Kurses nicht zu umgehen gewesen. Nach dem Scheitern der Verhandlungen habe die Deutschnationalen Volkspartei ihre volle Handlungsfreiheit wieder und werde entschlossen von ihr Gebrauch machen.

Deutscher Reichstag

Beginn 3 Uhr nachmittags.

Auf der Tagesordnung stehen die Anträge auf Aufhebung der gegen die kommunistischen Abgeordneten Pfeiffer, Schlecht und Lindau verhängte Untersuchungshaft.

Abg. Lohse (Soz.) erstattet den Ausschussbericht. Zu den Ausschussverhandlungen war auch Reichsanwalt Neumann aus Leipzig zugezogen, der die Aufrechterhaltung der Untersuchungshaft für notwendig erklärte, weil Flüchtigkeitsdelikt, dringender Tatverdacht und Verdunkelungsgefahr vorliege. Die drei Beschäftigten seien Mitglieder der Zentrale der KPD. Diese Zentrale habe aber seit dem Herbst 1923 nachgewiesenermaßen planmäßig den bewaffneten Aufstand vorbereitet. In großen Massen seien Waffen beschafft worden. In Berlin habe man bei einem kommunistischen allein 1100 neue Pistolen u. 8 Kisten Munition beschlagnahmt. (Hört, hört, rechts). In Württemberg wurden von den kommunistischen Handgranaten fabrikmäßig hergestellt. (Gelächter bei den Kommunisten). Über 10 000 Handgranaten wurden beschlagnahmt. Ein Mitglied der KPD, trug die Bezeichnung „Wumbo“ (Waffen- und Munitionsbeschaffungs-Organisator). Die kommunistischen Organisationen sind von der Zentrale militärisch organisiert worden. Die Mitglieder wurden von der Zentrale beauftragt, Verfechtung in die Reihen der Schupo und Reichswehr zu tragen. In mehreren Garnisonen haben Reichswehrangehörige Waffen und Munition auf Anweisung der KPD, gestohlen und an die Kommunisten verkauft. In Potsdam wurde ein Attentatsplan von einem kommunistischen verraten. Der Verräter wurde von einer kommunistischen Mordkommission erschossen. Die Täter haben gestanden, daß sie nach dem Schuß riefen: „Du Has, das ist für Potsdam!“ Von der Zentrale sind Anweisungen ausgegeben worden, zur Bildung von Spreng- und Entgleisungscolonnen, die Eisenbahnzüge durch Sprengstoffe vernichten oder zur Entgleisung bringen sollten. In einer beschlagnahmten Anweisung wird gesagt, Attentate auf führende Kapitalisten seien durchaus geboten. In Berlin sind die Mitglieder einer Tscheta-Gruppe verhaftet worden. Diese Tscheta-Gruppe hat genaue Mordpläne aufgestellt, die teilweise auch ausgeführt sind (Hört, hört). Die Ermordung des Generals von Seeckt war vorbereitet, unterblieb aber, weil der Verrat des Planes gescheitert wurde. Zweitens sollte der Ingenieur Rauch wegen Verrat des Potsdamer Attentatsplanes ermordet werden. Er ist am 7. Januar ermordet worden. Weitere Mordpläne, auch gegen den württembergischen Minister Holz waren vorbereitet und sind durch die Verhaftung der Tscheta-Gruppe vereitelt worden. Die Tscheta verfuhr über Waffen, Dumdum-Geschosse, Cholera- und Typhusbazillen (Pfui, ruf). Die verhafteten Abgeordneten Pfeiffer, Schlecht und Lindau gehören der Zentrale an, und sie mußten nach Meinung des Reichsanwalts von diesen Plänen wissen. Der Antrag der Darlegung des Reichsanwalts durch Vernehmung der Beteiligten der Angeklagten zu kontrollieren, sei vom Ausschuss abgelehnt worden. Von den Kommunisten sei jeder Zusammenhang der drei Verhafteten mit den Mord- und Terrorplänen bestritten worden. Es fehle jeder Beweis dafür, daß sie oder die Zentrale von diesen Plänen Kenntnis gehabt hätten.

ten. Der Ausschuss beantragt, den Fall des Abg. Schlecht weiter nachzuprüfen und die Freilassung der Abg. Pfeiffer und Lindau abzulehnen.

Abg. Lohmann (Dntl.) hält die Freilassung der Abgeordneten Pfeiffer und Lindau für unmöglich.

Abg. Knoen (K.) bezeichnet den Ausschussantrag als einen Teil der Kommunistenhebe, die jetzt üblich sei. Das Material des Reichsanwalts sei in der Hauptsache Spitzelmaterial. (Widerspruch rechts).

Während der Rede des Abg. Knoen kommt es zu einem Zwischenfall. Präsident Wallraf fordert den kommunistischen Abgeordneten Kemmele auf, sich zu setzen. Abg. Kemmele schlägt erregt auf den Tisch und ruft: Ungehört, das ist doch mein Platz! (Lärmende Zurufe kommen von rechts und links). Präsident Wallraf ruft den Abg. Kemmele zur Ordnung mit der Begründung, Kemmele habe wiederholt die Ordnung gestört. Die Kommunisten rufen dem Präsidenten stürmisch zu: Sie haben gehört! Kemmele schlägt wieder auf den Tisch und ruft laut: Ungehört! Lärmende Stundgebungen der Kommunisten folgen. Der Präsident fordert den Abgeordneten Kemmele wiederholt vergeblich auf, seinen Platz einzunehmen; er verfügt schließlich unter allgemeinem Lärm den Ausschluß des Abg. Kemmele und hebt inzwischen die Sitzung auf.

In der Pause rufen die Kommunisten dem Abg. Kemmele zu: Du bleibst!

Bei Wiedereröffnung der Sitzung erklärt Präsident Wallraf: Ich sehe, daß der Abg. Kemmele den Saal nicht verlassen hat. Ich stelle fest, daß er wiederholt sich geweigert hat, den Anweisungen des Präsidenten zu folgen und daß dadurch sein Ausschluß auf die Dauer von 20 Sitzungen eingetretet ist. Ich bitte, den Ältesten-Ausschuss sofort zusammenzutreten. (Abg. Thälmann (K.): Um den unfähigen Präsidenten abzusetzen) und habe die heutige Sitzung auf.

Gegen 5 Uhr verlassen allmählich die Abgeordneten den Sitzungssaal.

Der neue Reichshaushaltsplan

Für das Jahr 1924 ist jetzt vom Reichsrat verabschiedet worden und wird dem Reichstag demnächst zugehen. Der neue Reichshaushaltsplan ist auf Grund einer ganz neuen Schätzung der Einnahmen und Ausgaben in Goldmark aufgestellt. Vom 1. Oktober 1923 bis zum 1. April 1924 sind insgesamt 134 507 Beamte, darunter 7207 der allgemeinen Reichsverwaltung, 30 197 Angestellte, darunter 24 350 der allgemeinen Reichsverwaltung und 232 134 Arbeiter, darunter 13 491 aus dem Bereich der allgemeinen Reichsverwaltung, insgesamt 396 833 Beamte oder 24,9 vom Hundert abgebaut worden. Die erzielte Ersparnis beträgt 421 Millionen Mark (58 Millionen bei der allgemeinen Reichsverwaltung). Im Laufe des Rechnungsjahres sollen bei der allgemeinen Reichsverwaltung noch weitere 1428 Beamte fortfallen, so daß der Haushalt der allgemeinen Reichsverwaltung um 16 482 Beamte entlastet wird. An Behörden sind nach Auflösung des Reichsfinanzministeriums aus dem Haushaltsplan weiter verschwunden das Ministerium für Wiederbau, das Reichswanderungsamt, das Ministerium für den Reichsrentenamt für die ehemalige Wehrmacht, die Reichsrücklieferungskommission, der Reichsausschuss für Schiffsbau und Schiffsablieferung, der Reichskommissar beim Reichswirtschaftsgericht und der Treuhänder für das feindliche Vermögen. Das Ziel, den ordentlichen Haushalt der allgemeinen Reichsverwaltung ins Gleichgewicht zu bringen, ist erreicht worden. Er weist sogar einen Überschuss auf, der dazu dienen muß, die durch Einnahmen nicht gedeckten Ausgaben des außerordentlichen Haushalts zu bestreiten und einen Teil der Ausgaben des Haushalts zur Durchführung des Versailler Vertrages zu decken. Bei diesem Etat bleibt ein ungedeckter Fehlbetrag von 469,7 Millionen Mark. Für die vom 1. Januar an geltende weitere Beibehaltungserhöhung ist ein Fehlbetrag von 300 Millionen Mark eingestellt worden. Der Haushaltsplan schließt in Einnahme und Ausgabe mit sechs Milliarden Mark ab.

Der ordentliche Haushalt der allgemeinen Reichsverwaltung weist an Einnahmen 5,3 Milliarden Mark auf. Aus Steuern werden erwartet 4,1 Milliarden. Die Steuerüberweisungen an die Länder sind mit 1,8 Milliarden Mark eingeseht. Der außerordentliche Etat der allgemeinen Reichsverwaltung zeigt einen Ausgabebedarf von 733 Millionen. An Einnahmen stehen ihm gegenüber 252,5 Millionen und der Zuschuß des ordentlichen Haushalts von 10,7 Millionen, insgesamt also 263,2 Millionen. Hierzu tritt ein Betrag von 469,7 Millionen, der als Deckung für den Fehlbetrag des Haushalts zur Durchführung des Versailler Vertrages auf Anleihe zu nehmen ist.

Der Haushalt für die Ausführung des Versailler Vertrages weist an Ausgaben im Ordinarium 461,6 im Extraordinarium 179,9, insgesamt 641,5 Millionen Mark auf. An Einnahmen stehen demgegenüber im ordentlichen Etat 20 000 Mark und im außerordentlichen Etat 1,5 Millionen, so daß sich ein Zuschußbedarf von 600 Millionen ergibt. Hieron können 170,2 Millionen aus dem Überschuss des Haushalts der allgemeinen Reichsverwaltung gedeckt werden, so daß ein Fehlbetrag von 469,7 Millionen übrig bleibt, der als Anleihebedarf erscheint. Von den Ausgaben sind 20 Millionen für Rückzahlungen auf die englische Reparationsabgabe bestimmt, 53 Millionen sind der Reichsbank für Entlastung eines belgischen

Staatwechsel zu erfüllen. Weiter sind veranschlagt für die Reparationskommission 7,5 Millionen für die Interalliierte Rheinlandkommission 33,3 Millionen, für die Interalliierten Überwachungskommissionen für Landwehr und Seemacht 10,2 Millionen. Für den Unterhalt der Besatzungstruppen mußten 166,3 Millionen, für Bau und Instandhaltung von Kasernen und Mauerwerk, soweit deren Übernahme unerlässlich ist, 53,1 Millionen aufgebracht werden. Die Post und die Eisenbahn liefern für 1924 keinen Nettoertrag zur Reichskasse ab. Die Reichsdruckerei bringt einen Betriebsüberschuß von 1,4 Millionen Mark. Den Fehlbetrag von 479,7 Millionen wird die Reichsfinanzverwaltung, da Anleihen zurzeit nicht unterzubringen sind, jeweils durch die Begebung von Rentenmarktschweffeln flüssig machen. Die Gesamtveranschlagung ist nur unter der Voraussetzung haltbar, daß die Steuern und Zölle im besetzten und im Einbruchgebiet wieder ungehindert erhoben werden dürfen. Wird diese Voraussetzung nicht erfüllt, so entsteht ein Einnahmeausfall von 800 Millionen und damit ein Fehlbetrag von über 600 Millionen schon beim öffentlichen Haushalt der allgemeinen Reichsverwaltung.

Der neue württembergische Staatspräsident

Am württembergischen Landtag wurde der Führer der bürgerlichen Parteien Bagille mit 44 von 77 Stimmen zum Staatspräsidenten gewählt. Staatspräsident Bagille übernahm das Unterrichtsministerium sowie das Arbeits- und Ernährungsministerium, dessen schriftliche Auflösung vorgeschrieben ist und berief als Finanzminister den Abg. Dr. Dahlinger (Bürgerpartei), als Minister des Innern den bisherigen Innenminister Gals (Zentr.) und als Justizminister den bisherigen Justizminister Beyerle (Zentr.).

Der Staatspräsident gab dann eine Regierungserklärung ab, in der er sagte, jetzt, wo die Reparationsverpflichtungen Deutschlands neu geregelt werden sollen, ist der Zeitpunkt gekommen, um die Grundlage des Vertrages einer Prüfung zu unterziehen. Dies ist nur zu erreichen durch das Urteil eines unbefangenen internationalen Gerichtshofes über die Schuld am Kriege. Die württembergische Regierung sehe es als ihre vornehmste Pflicht an, mit allen Kräften dafür einzutreten, daß das dem deutschen Volke versprochene, aber bisher vorbehaltene Selbstbestimmungsrecht bewirkt, und die Frage der Schuld am Kriege einem unabhängigen internationalen Gerichtshof anvertraut werde.

Zusammentritt des bayerischen Landtags

Bei stark besetztem Hause und überfüllten Tribünen hielt der neugewählte bayerische Landtag am Dienstag nachmittag seine erste Sitzung ab. Die Plätze der Minister waren leer. Zum Präsidenten des neuen Landtags wurde der Präsident des früheren Landtags Abg. Koenigbauer mit 95 von 125 abgegebenen Stimmen wiedergewählt. Als der Präsident in seiner Ansprache über die Kriegsschuldfrage zu sprechen kam, wurde er wiederholt von den Kommunisten durch Zwischenrufe unterbrochen. Besonders begrüßte der Präsident die Abgeordneten der Palz, die treubayerisch und treudeutsch bleiben wollen.

Tagung der Rheinländer. Die in Potsdam abgehaltene dritte Hauptversammlung des Reichsverbandes der Rheinländer war von Vertretern aus allen Teilen des Reiches besucht. Von Reichstagsler Dr. Marx war ein Schreiben eingelaufen, in dem u. a. betont wird, daß die Not der schwerleidenden Rheinischen Bevölkerung nach wie vor die vornehmste Sorge der deutschen Regierung bilde und daß eine erfolgreiche Beseitigung der Reichsregierung in diesem Sinne heute mit der Frage einer Lösung der schwebenden Probleme im Sinne des Sachverständigenratens eng verbunden sei. Reichsminister Dr. Jarres führte u. a. aus, in Rheinland werde das deutsche Geschick entschieden und die Pflicht aller Deutschen, des Einzelnen wie der Parteien, sei es, das Trennende zu vergessen und nur an das allein Nötige zu denken. Der Reichsfinanzminister gab seiner Freude Ausdruck, daß es ihm ermöglicht sei, an der Versammlung teilzunehmen und wies darauf hin, daß die Reichsregierung jetzt vor verantwortungsvoller Arbeit stehe, die im Anschluß an das Sachverständigenratens die Beschreibung einer neuen Stufe der politischen Entwicklung bedeute. Die Rückkehr der Ausgewiesenen und die Befreiung der Gefangenen im besetzten Gebiet sei eine Angelegenheit ganz Deutschlands.

Frankfurter Prozeß gegen deutsche Kommunisten. Vor dem französischen Kriegsgericht in Mainz begann ein Massenprozeß gegen 67 Kommunisten, die der antimilitaristischen Propaganda im besetzten Gebiet, der Benutzung falscher Ausweis-papiere und des Besitzes von Waffen angeklagt sind. Darunter befinden sich je ein Stadtverordneter aus Wiesbaden und Mainz, eine große Anzahl Jugendlicher, darunter mehrere Weibliche, eine Reihe Bergarbeiter, einige französische Staatsangehörige darunter ein Mohammedaner, drei Soldaten der Besatzung u. a.

Badisches Landestheater

Richard Strauß-Festwoche
(II. Tag).

Der Meister erschien in ungebrochener Jugendfrische nur persönlich am Rult, das war das festliche Ereignis des Abends; ihm galten ja auch zunächst der laute Jubel und der lang anhaltende Beifallssturm. Richard Strauß ist hier kein Unbekannter, wiederholt hat er Karlsruhe besucht und zumeist eigene Werke interpretiert. Auch die Vortragsfolge des Festkonzertes in der stark gefüllten Festhalle brachte eigene Sachen, die zugleich als örtliche Novitäten erhöhtes Interesse beanspruchten.

Die aus Klavierstücken von François Couperin zusammengestellte Tanzsuite ist zwar nur eine Bearbeitung, aber in der Strauß'schen Instrumentation für kleines Orchester, von solch unverwundbarer Eigenart, daß man ohne weiteres keine meisterliche Handchrift herausfühlt. Leider sind die akustischen Verhältnisse des Festhalletheaters für dieser auf intimen Klangreiz gestellte Musik nicht allzu günstig. Man hätte bei der Auswahl diesem Umstand vielleicht Rechnung tragen sollen. So ging manches verloren, was gerade diese Partitur an Feinheiten für Solostimmen herausarbeitet. Das Solistenorchester blieb überdies in der delikaten Ausführung seiner allerdings recht schwierigen Aufgabe da und dort der leistungsmäßigen Klarheit einiges schuldig, so daß nur ein relatives Bild des in der Suite Gehaltene entstand. Doch wurde man sich schnell einig, daß z. B. „Carillon“, „Birbeltanz“ und der abschließende Marsch ganz entzückende und aparte Wirkungen bezogen.

Sodann kam die *Alpenfante* in ihrer nahezu unmöglichen Dimensionen. Was Strauß mit dieser auffallend vollstimmig gerichteten Programm-Musik will, ist ohne jede nähere Erläuterung sofort verständlich. Das Werk illustriert überdeutlich und sein weitgespannter Tonbau läßt keine Zweifel über die jeweiligen Eindrücke zu, die den Einzelteilen zugrunde liegen. Die Technik ist raffiniert, und doch wird nicht nur der fühle Beurteiler bei dieser sentimentalen Alpenmelodie die sprühende Lebenskraft bemerken, durch die andere Tondichtungen von Strauß im Konzertsaal immer wieder emporreißen. Mir scheint der Fehler vor allem in der mangelnden Originalität zu liegen, die thematische Erfindung ist äußerst schwach und

Kurze Nachrichten

Kommunistische Wählerkreise in Schlesien. In Breslau wurde ein von auswärts gekommener militärischer Leiter der Kommunisten für Schlesien verhaftet, der die militärische Organisation der Partei durchzuführen und den bewaffneten Umsturz vorbereiten sollte. In seinem Geheimbüro wurde umfangreiches Material beschlagnahmt. Der festgenommene lebte unter falschem Namen mit falschen Papieren als Handelsagent. Es stellte sich heraus, daß er wegen Hochverrats vom Oberreichsanwalt festhörtlich verfolgt wurde. Ein zweiter kommunistischer Führer, der sich ebenfalls längere Zeit hier verborgen hielt, verlor bei seiner Festnahme zu entziehen. Sein Fluchtversuch wurde jedoch vereitelt.

Immer wieder Gewalttätigkeiten. Drei Württemberger Kriminalbeamte, die am 6. März von den Franzosen aus unbekanntem Grund verhaftet worden waren, wurden am Freitag nach 88-tägiger Haft wieder freigelassen, weil das Verfahren gegen sie eingestellt wurde. Sie mußten gestern das besetzte Gebiet verlassen.

DZ. Beilegung des Konflikts in der Rheinschiffahrt. Durch Eingreifen des Reichsarbeitsministeriums wurde der Konflikt wegen der Lohn- und Tarifforderungen in der Rheinschiffahrt insolge eines beide Parteien befriedigenden Entscheides des Reichsarbeitsministers berufenen Unparteiischen beigelegt. Damit sind die am 17. April und 7. Mai gefällten Schiedssprüche jetzt rechtskräftig geworden. Die neuen Lohn- und Arbeitsbedingungen gelten bis zum 30. September 1924.

Die französische Kammer hat sich gestern nur mit geschäftsordnungsmäßigen Dingen befaßt.

Badischer Teil

Die Kredithilfe des badischen Staates

in der Zeit vom 20. Juli 1923 bis 20. März 1924

Der Finanzminister hat dem Landtag ein Verzeichnis der Bürgschaftseleistungen und Kredite übergeben, die von der badischen Regierung zwischen dem 20. Juli 1923 und dem 20. März 1924 an verschiedene Körperschaften gewährt wurden.

1. Bürgschaftseleistungen des Staates

Abernahme der Bürgschaft für ein von der Badischen Bank der Badischen Landwirtschaftskammer gewährten Darlehen (21. Juli 23): 8 Milliarden Papiermark.

Abernahme der Bürgschaft für die Kreditaufnahme der durch Hagelgeschlag am 15. Juli 1923 geschädigten Landwirte des Amtsbezirks Breisach bei der Landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft Karlsruhe und beim Badischen Bauernverein in Freiburg (16. Oktober 23 Nr. 15 521): 230 Millionen; (22. Dezember 23): 600 Millionen.

Abernahme der Bürgschaft für die von der Reichsbank zwecks Aufbringung der Mittel zur Brotversorgung der notleidenden Bevölkerung den Gemeinden und Städten gewährten Wechselkredite (9. Oktober 23): 100 Millionen.

Abernahme der Bürgschaft für die von der Badischen Bank den Gemeinden und Städten für die Kohlenversorgung der Winterbeheizungen gewährten Kredite (12. Dezember 23): 48 500 Millionen.

Abernahme von Bürgschaften gegenüber verschiedenen Banken für die der Landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft in Karlsruhe, dem Bauernverein in Freiburg und der Zentrale der landwirtschaftlichen Lagerhäuser in Zauberschiedsheim zur Beschaffung von Düngemitteln, Futtermitteln und Viehfütterungsmitteln, sowie von Saatgut und Kartoffeln gewährten Kredite (22. Dezember 23): 326 249 Milliarden.

Abernahme der Bürgschaft gegenüber der Reichsbank: a) für Kreditgewährung an Gemeinden und Städte für Zwecke der Lebensmittelversorgung (22. Dezember 23): 5300 Millionen; b) für langfristige, auf wertbeständiger Grundlage an Städte und Gemeinden gewährte Kredite (22. Dezember 1923): 500 000 Goldmark.

Abernahme der Bürgschaft gegenüber der Badischen Bank für Kreditgewährung an die Gebäuderverversicherungsanstalt (2. Nov. 23): 400 Millionen.

Abernahme von Bürgschaften zugunsten der Zentrale der landwirtschaftlichen Lagerhäuser A. G. in Zauberschiedsheim und der Landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft in Karlsruhe (29. Februar 24): 1 Million Goldmark.

Abernahme der Bürgschaft als Garantierverband für ein von der Landesversicherungsanstalt Baden aufgenommenes Darlehen (22. September 23): 210 Milliarden Papiermark.

Abernahme der Bürgschaft für die Aufnahme von Anleihen durch die Redar-Mittelschiffahrt in Stuttgart (22. Februar 24): 13 000 000 Goldmark.

Abernahme der Bürgschaft für Darlehensaufnahme seitens der landwirtschaftlichen Genossenschaften, die mit der Ver-

reizlos, das Ganze keine Orchesterdichtung eines Menschen, den wirkliche Welt und Stadtleben erfüllt hat. Die Rettung zur Natur vollzieht sich nicht aus innerem Drang, sondern ist durch den Intellekt gemahregelt, was im Grunde aber doch etwas ganz anderes als echt romantische Art ist. Der Gefahr in Einzelschicksalen zu zerfallen entgeht zwar das Werk, das ähnlich dem „Heldenleben“ ein persönliches Dokument ist, durch geschickte rondoartige Einleitung, aber es bleibt trotzdem ein einförmiges Gemälde ohne gesteigerte Fantasiemacht und ohne ursprüngliches Feuer. Der äußerlich blendenden Instrumentation gab an rauschend bewegtem Klang das durch das Mannheimer Orchester bedeutend verstärkte badische Landestheaterorchester alles nur mögliche. Hier erwies sich für diese fächig ausmalenden Tonmassen der Raum fast zu eng. Den mit einem riesigen Vorbeertanz gezeichneten Meister umsofe unendlicher Beifall.

Im Bericht über den ersten Tag sind einige Druckfehler unterlaufen, die der Korrektur bedürfen. Nicht der Charakter dieses lebenden „Helden“ sollte fixiert werden, sondern der eines „Helden“. Drei Zeilen weiter muß es statt „auch war das unbehagliche Gefühl...“ „sinngemäß „auch wer“ usw. heißen. Schließlich hat sich Strauß in den Worten „Helden nicht „den Helden“ zugewandt, sondern „dem Helden“, wodurch er irrtümlich vor dem Verdacht eines Analphabeten geteilt wird. S. Sch.

54. Tonkünstlerfest in Frankfurt a. M. Zu dem vom 9. bis 15. Juni dieses Jahres in Frankfurt a. M. stattfindenden 54. Tonkünstlerfest des Allgemeinen Deutschen Musikvereins hat eine große Zahl deutscher und ausländischer führender Musiker ihr Erscheinen angemeldet. Das Fest beginnt mit der Aufführung von Ernst Krenek's komischer Oper „Der Sprung über den Schatten“. Besonderes Interesse gilt u. a. auch dem von Gottrich Steinweg konstruierten Vierteltonklavier, dessen Vorführung mit einem Vortrag von Alois Ouba in Verbindung steht.

Stuttgart, 3. Juni. Der Direktor der württembergischen Hochschule für Musik, Professor M. Bauer hat den an ihm ergangenen Ruf, die Direktion des Konservatoriums für Musik in Leipzig zu übernehmen, angenommen. Er wird Mitte September nach Leipzig übersiedeln.

mittlung von Frühjahrsfaatgut für die durch Hagel geschädigten Landwirte besetzt waren (1. März 24): 5000 Goldmark.

2. Ermächtigung zur Zahlungsverleistung

a) bis einschließlich 14. November 1923 bewilligte Beträge. Anteil Badens am Fehlbetrag der Reichs-Rahn und der Bahner Eisenbahngesellschaft (5. Nov. 23): 120 Millionen. Fortführung der Wiederherstellungssache 161 am Münfer in Überlingen (21. September 23): 490 Millionen Papiermark.

Beihilfe an die Stadt Weinheim zur Beseitigung der Hochwasserschäden an der alten Beschnitz (6. August 23): 10 Millionen Papiermark. Erholungsfürsorge für Kinder (28. August 23): 500 Millionen Papiermark.

Desgleichen (6. Nov. 23): 1 Billion. Räumung des Kinsigbettes bei Offenburg (14. Sept. 23): 2 Milliarden.

Staatsbeihilfe für Wäschebeschaffung für Säuglinge und Kleinkinder (21. Sept. 23): 300 Millionen. Beihilfe zum Aufwand der Erwerbslosenfürsorge (21. Sept. 1923): 1400 Milliarden.

Desgleichen (9. Okt. 23): 21 500 Milliarden.

Desgleichen (30. Okt. 23): 1800 Millionen.

Desgleichen (21. Sept. 23): 300 Millionen.

Desgleichen (17. Okt. 23): 1 Billion.

Staatsbeitrag zum Neubau der Nachbrücke innerhalb der Stadt Singen a. S. (22. Sept. 23): 120 Milliarden.

Staatsbeihilfen an Gemeinden und Genossenschaften zur Durchführung von Be- und Entwässerungsanlagen und sonstigen Kulturunternehmungen (22. Sept. 23): 2 Millionen.

Desgleichen (11. Okt. 23): 3 Millionen.

Staatsbeihilfe zu den Kosten der Beschaffung von Wohnungen für Flüchtlinge (12. Okt. 23): 374 Millionen.

Vorschußkredit zur Beschaffung von (Bau-)Darlehen aus Mitteln der Wohnungsabgabe (16. Okt. 23): 70 Milliarden.

Darlehen des badischen Staates als Garantierverband an die Landesversicherungsanstalt Baden (2. Nov. 23): 80 Millionen.

Desgleichen (6. Nov. 23): 180 Millionen.

b) ab 15. November 1923 bewilligte Beträge.

Beihilfen zum Aufwand der Erwerbslosenfürsorge (24. November 1923): 100 000 Millionen.

Staatsbeihilfen an Gemeinden und Genossenschaften zur Durchführung von Be- und Entwässerungsanlagen und sonstigen Kulturunternehmungen (30. Nov. 23): 20 000 Millionen.

Desgleichen (7. Febr. 24): 2 000 000 Goldmark.

Darlehen des badischen Staates als Garantierverband für die Landesversicherungsanstalt Baden (22. Febr. 23): 8500 Millionen.

Darlehen an die Badische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft (28. Febr. 23): 40 Millionen.

Verbilligung von Wahlzinsen für bedürftige Volksschulen (6. Nov. 23): 30 000 Goldmark.

Darlehen an die Redar-Mittelschiffahrt in Stuttgart (22. Februar 24): 280 Goldmark.

Gewährung von Landdarlehen zur Fertigstellung begonnener Bauten (13. Februar 24): 1 000 000 Goldmark.

Der kleine Grenzverkehr mit der Schweiz

Der kleine Grenzverkehr mit der Schweiz hat jetzt wie uns von zünftiger Stelle mitgeteilt wird, im Einzelnen mit der Schweizer Regierung eine Neuregelung erfahren, die, da sie eine Reihe sehr wesentlicher Erleichterungen bringt, von der Bevölkerung des oberbadischen Grenzgebietes mit besonderer Genugtuung begrüßt werden dürfte.

Zunächst wird die Grenzzone auf beiden Seiten wesentlich verkleinert. An die Stelle der bisherigen Kreiszone tritt für den kleinen Grenzverkehr badischerseits folgendes Gebiet: Die Amtsbezirke Konstanz, Überlingen, Kressbronn, Riefkirch, Stöckach, Engen, Donaueschingen, Neustadt, Wädswil, Säckingen, Eschweiler, Börsach Müllheim und Sausen. Außerdem ist schweizerischerseits Ansbachern von Dauerpassierscheinen das gesamte Feldbezugsgebiet zugänglich, auch soweit es sich über die obengenannte Zone hinaus erstreckt.

Die schweizerische Grenzzone umfaßt: Basel-Stadt (ganzer Kanton), Basel-Landschaft (ganzer Kanton), vom Kanton Solothurn Marthalen, jedoch nur für Pilger, das Gebiet des Kantons Neuchâtel bis und mit Erlinsbach-Blarney-Brugg-Baden, vom Kanton Zürich die Bezirke Dielsdorf, Bülach und Andelfingen, Schaffhausen (ganzer Kanton), Thurgau (ganzer Kanton).

Der Grenzübertritt kann über jede beliebige Passierstelle an der ganzen badisch-schweizerischen Grenze erfolgen. Die Dauerpassierscheine werden ohne Beschränkung der Zahl der Grenzübertritte und der Passierzeiten ausgestellt und anerkannt und zwar in der Regel an sämtliche Bewohner der Grenzzone ohne Nachweis bestimmter Gründe. Beschränkungen erfolgen lediglich in besonders begründeten Einzelfällen.

Dauerpassierscheine und Anerkennungsbemerkte die bisher für 1/2 Jahr ausgestellt wurden, werden in der Regel für ein Jahr ausgestellt und zwar zur gleichen Rate wie bisher. Die noch gültigen Dauerpassierscheine und Anerkennungsbemerkte gelten ohne weiteres als verlängert bis zum Ablauf eines Jahres seit dem Ausstellungsstag.

Das Übernachten während der Woche bleibt an die bisherigen Bestimmungen geknüpft hingegen ist das Übernachten von Samstag auf Sonntag und Sonntag auf Montag ohne weiteres gestattet. Die Rückkehr hat spätestens am Montag vormittag zu erfolgen. Dauerpassierscheine für den landwirtschaftlichen Grenzverkehr in dem bisherigen Umfang bedürfen keiner Anerkennung. Zur Förderung des Fremdenverkehrs können Tagescheine für einen oder zwei Tage ausgestellt werden an Kurzweilen, welche im Grenzgebiet eine Kur machen, ferner ausnahmsweise an Nichtgrenzgebietbewohnern die sich in der Grenzzone nur vorübergehend als Besuche aufhalten.

Es ist Befehlg ergangen, daß diese Erleichterungen sofort in Kraft treten.

Zagungen in Baden

DZ. Baden-Baden, 3. Juni. Der Verband badischer Dentisten hielt hier unter außerordentlicher Beteiligung aus dem ganzen Lande seine 39. Generalversammlung ab. Der 1. Vorsitzende Karl Wert-Wagen begrüßte den Vertreter des Ministeriums des Innern, Oberamtmann Fehren v. Red, und den Vertreter der Stadtgemeinde Baden-Baden, Stadtrat Hubla. Dem Jahresbericht ist zu entnehmen, daß in Baden nach kaum dreijähriger Einführung der staatlichen Prüfung der Dentisten schon über 80 Prozent der Verbandsglieder dieselbe mit Erfolg abgelegt haben, und daß es nunmehr in Deutschland über 5000 staatliche geprüfte Dentisten gibt. Der Direktor des Fortbildungsinstituts, Herr Kimmich-Karlsruhe, machte interessante Ausführungen zu der Frage der einheitlichen und geeigneten Heranbildung des Nachwuchses von Dentisten. Diese wichtige Ausbildungsfrage wurde programmatisch festgelegt. — Der Syndikus des Verbandes, Rechtsanwalt Dr. Lang-Adern, sprach über die rechtliche Stellung der staatlich geprüften Dentisten in Baden. — Schatzmeister Kömter konnte über eine gesunde Finanzlage des Verbandes berichten. — Herr König-Karlsruhe referierte über die Tätigkeit der Krankenversicherungsanstalt. Das Verhältnis

zwischen Krankentassen und Verband kann nur als günstig bezeichnet werden, was auch der als Gast anwesende Landtagsabgeordnete Ziegelmayer-Oberkirch bestätigte. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt und Herrn Metz außerdem die Ehrenmitgliedschaft für 25jährige erfolgreiche Verbandsarbeit verliehen. — Der nächste Verbandstag soll in Karlsruhe stattfinden. An die Tagung schlossen sich einige Fachvorträge.

DZ. Konstanz, 3. Juni. Die diesjährige Tagung des Verbandes badischer Arbeitssachverständiger fand am 30./31. Mai hier statt. Bei der Tagung waren vertreten das Arbeitsministerium, das Landesamt für Arbeitsvermittlung, der Städteverband, der Kreisverband, der Gemeindevorstand, die Stadt Konstanz, der Kreis Konstanz und eine Reihe Organisationen der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite. Zur Beratung standen Fragen aus dem Arbeitsgebiet der Arbeitssachverständigen. In eingehenden Referaten und in lebhafter Aussprache wurde u. a. insbesondere die Frage erörtert, ob die Arbeitssachverständigen, wie sie jetzt geschaffen sind, beibehalten werden sollen, oder ob sie der Tätigkeit der Kreise anzugliedert werden. Es ergab sich eine fast einmütige Zustimmung für die Beibehaltung des jetzigen Zustandes. Dabei wurde jedoch betont, daß Änderungen sehr wünschenswert wären, besonders in der Richtung der Stärkung des Einflusses der Gemeinden in der Verwaltungssache. Eingehend wurde auch die Höhe der zur Zeit vom Arbeitgeber und Arbeitnehmer entrichteten Beiträge für die Erwerbslospfürsorge und die Bildung und Anlage der vorgeschriebenen Rücklagen erörtert. Gegenüber dem Wunsch auf mögliche Herabsetzung der Beiträge betonte vor allem der Vertreter des Arbeitsministeriums die Notwendigkeit einer Referate, die mindestens für eine kurze Zeit die notwendigen Mittel für die Erwerbslospfürsorge sicherstellt. Bei Schluß der Tagung wurde Weinheim als nächster Tagungsort bestimmt.

Sagelversicherung

P. A. Zur Förderung der Sagelversicherung in Baden hatte im Jahre 1900 das Ministerium des Innern mit der größten deutschen Sagelversicherungsgesellschaft, der Norddeutschen Sagelversicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit in Berlin, eine Übereinkunft abgeschlossen, die äußerst segensreich sich auswirkte. Im verflochtenen Jahr der Verwaltungstätigkeit dieser Gesellschaft eine Gesellschaft auf Aktien ins Leben gerufen. Die alte Gegenseitigkeitgesellschaft sollte für den ferneren Geschäftsbetrieb zunächst aufhören, die Beamten und Agenten wurden zur Aktiengesellschaft übergeführt. Die Generalversammlung von Februar und März ds. J. wählten die alte Gegenseitigkeitgesellschaft wieder voll ins Leben treten zu lassen. Nach dem Beschluß des Verwaltungsrats vom 11. April ds. J. arbeiten zunächst für das Geschäftsjahr 1924 die Aktien- und die Gegenseitigkeitgesellschaft unter einheitlicher Verwaltung nebeneinander.

Das Ministerium des Innern ist nach eingehender Prüfung der Sachlage zu dem Entschluß gekommen, für das Jahr 1924 mit der Aktiengesellschaft (Norddeutsche Sagelversicherungsgesellschaft in Berlin) eine Übereinkunft über die Versicherung der badischen Landwirte abzuschließen. Die Übereinkunft übernimmt die wesentlichen Bestimmungen aus der alten Übereinkunft. Die Gesellschaft verpflichtet sich, sämtliche badische Landwirte auf Ansuchen zu versichern, zu den Schadensschätzungen badische Schätzer zuzuziehen und Klagen gegen Versicherte nur in Karlsruhe anhängig zu machen. Die Prämienanfertigung erfolgt nach den bisherigen Grundsätzen, vor jeder Neufestsetzung muß das Ministerium des Innern gehört werden. Die für 1924 aufgestellten Prämien für Baden können als günstig bezeichnet werden. Auch zur Weiterführung der Gemeindeversicherung in Baden hat sich die Gesellschaft verstanden; zur Abänderung der dadurch entstehenden Mehrkosten für Verwaltung ist die Gewährung eines Staatszuschusses an die Gesellschaft in Aussicht genommen. An den badischen Landwirten liegt es jetzt, von der gegebenen Gelegenheit Gebrauch zu machen und bei der Gesellschaft ihre Versicherungsanträge zu stellen.

Kinderfürsorge

An dem segensreichen Werke zur Linderung der Not der deutschen Kinder hat sich von den benachbarten Neutralen Staaten namentlich die Schweiz durch die liebevolle Aufnahme und fürsorgliche Verpflegung der infolge der Hungerblöde körperlich zurückgekommenen Kinder und insbesondere auch solcher von deutschen Eisenbahnern schon wiederholt in wirksamer Weise beteiligt. Die Zentralkasse der Schweizer Fürsorge für deutsche Kinder befindet sich in Bern, ein von Herrn Dr. Vierbaum geleitetes Unterkomitee in Zürich, wo Herr Präsident Strauß besonders für die Eisenbahner-Kinderhilfe wirksam ist. Seiner persönlichen Tätigkeit ist vor allem zu verdanken, daß 288 unterernährten Eisenbahnkinder — darunter 120 Arbeiterkinder — aus den Bezirken der Reichsbahndirektionen Frankfurt (Main), Mainz, Würzburg, Ludwigshafen und Karlsruhe die Wohltat eines neunwöchigen Erholungsurlaubes vom Februar ds. J. in der Schweiz zuteil wurde.

Mit einem besonders eingeleiteten Kinderzug führen am 6. Februar d. J. abends 11.15 Uhr 550 pflegebedürftige, aber ermutigungsfähige Kinder nach Basel, wo sie am frühen Morgen eintrafen. Nach einem überaus herzlichen Empfang wurde die Weiterbeförderung der Kinder nach den einzelnen Pflegestellen sofort veranlaßt. Dort wurden sie von den Pflegeeltern — durchweg Familien von Bundesbahnbediensteten — in der freundlichsten Weise aufgenommen und im engsten Familienanschluß vorzüglich gepflegt.

Am 9. April wurden die Kinder in Zürich wieder zur Rückreise nach Deutschland abgeholt. Sie waren durchweg in bester gesundheitlicher Verfassung und wiesen durchschnittlich eine Gewichtszunahme von 5 kg auf, in Einzelfällen sogar erheblich mehr. Die rührenden Szenen, die sich beim Abschied von den Pflegeeltern abspielten, zeigten von der elterngleichen, liebevollen Behandlung, die die Kinder dort gefunden hatten, ihre blühenden Aussehen, die Versorgung mit Lebensmittelvorräten und oft sogar mit frischer Wäsche von der Fürsorglichkeit, mit der man sich ihrer angenommen hatte. Der mit der Abholung der Kinder betraute Vertreter der Reichsbahndirektion Frankfurt (Main) hatte Gelegenheit, der Schweizer Kinderhilfe und insbesondere dem Züricher Unterkomitee und dem Präsidenten der Eisenbahnkinderhilfe bei einem Abschiedsabend in Zürich für die bei der Pflegekinder in so reichem Maße zuteil gemordene Fürsorge im Namen des Ministeriums den wärmsten Dank auszusprechen, dem sich der anwesende deutsche Generalkonsul in Zürich mit bereiten Worten anschloß.

Am 9. April wurde von Basel aus die Rückreise nach Deutschland angetreten und zwar im D-Zug 41 mit 134 und im besonderen Kinderzug mit 636 Kindern. Bei der Ankunft auf den verschiedenen Heimatbahnhöfen hatten sich die Eltern zum Empfang eingefunden, die übrigen Kinder wurden durch besondere Begleiter ihren Angehörigen zugeführt.

Die auch in diesem Falle wieder bewiesene opferfreudige und tatkräftige Hilfe unserer Schweizer Nachbarn löst nicht nur in den Herzen der bedachten Eisenbahnerfamilien, sondern im ganzen deutschen und besonders im badischen Volke die Gefühle aufrichtigen und herzlichsten Dankes aus, die auch hier zum Ausdruck gebracht werden sollen.

Aus der evang. Landeskirche

Verfassungsgemäß hat in diesem Jahre noch eine ordentliche Tagung der Landessynode stattzufinden. Es ist unmöglich, sie schon in den nächsten Wochen abzuhalten. Zum ersten können die Vorlagen nicht in der kurzen Zeit ausgearbeitet werden; dabei macht sich auch der Umstand geltend, daß die Prälaten noch nicht besetzt ist. Ferner werden im Monat Juni Mitglieder der Behörde und der Synode an der über 10 Tage dauernden Tagung des Deutschen Evangelischen Kirchentages in Bethel-Bielefeld teilnehmen müssen. Endlich steht im Juni das Landtagsgebäude nicht zur Verfügung; und ein ähnlicher Beratungsraum mit den notwendigen Nebenräumen ist sonst in Karlsruhe nicht zu finden. Es wird deshalb die Landessynode erst im Herbst zusammentreten können.

Kommunale Rundschau

Die Stadterweiterung Mannheims

Über die Stadt des 20. Jahrhunderts" besprach in einem Vortrag im Rahmen der Vortragsreihe der Mannheimer "Woche für Wirtschaft und Kultur" Oberbaurat Sigler. Die Planungsarbeiten der heutigen Stadterweiterungen seien wesentlich verschieden von denen früherer Zeiten. Seitdem die Schäden der Großstadtentwicklung des vorigen Jahrhunderts erkannt worden seien, hätten sich eine zielbewusste Stadtpolitik und veränderte Auffassungen über die Siedlungsformen durchgesetzt. Neben behandelte die Ursachen der Großstadtbildung und ihre Milderung, verneinte die Möglichkeit, die Entfaltung der Großstädte durchzuführen und schiederte, warum auch die Hoffnung auf eine natürliche Abwanderung der Arbeiterklasse von der Industrie auf das Land trügerisch sei. Die Großstädte seien eben Zentren des Verkehrs und der Wirtschaft, die mit der Kraft eines ungeheuren Magnets anziehen. Die Dezentralisierungsbemühungen, insbesondere die Gründung von Tochterstädten, seien in der Hauptsache die Errichtung von Tochterstädten als Trabanten der Großstädte könnten in glücklichen Zeiten sehr wohl Aussicht auf Erfolg haben. In der heutigen Zeit aber seien solche Projekte nur Traumgebilde. Der Redner kam sodann auf die neuzzeitlichen Erweiterungssysteme zu sprechen und bezeichnete für Mannheim als zweckmäßigstes System der Erweiterung die feilschende Ausdehnung der Innenstadt dazwischen, daß sie am Stadtrand ansetzt und sich zungenförmig über die Vororte hinauschiebt. Um aber die ringförmige Umpanzerung der Stadt die man als nachteilig erkannt hätte, zu verhindern, müßten diese Bebauungsungen durch zusammenhängende radial nach außen führende Freizeitanlagen getrennt werden. Diese Grünanlagen müßten, soweit wie möglich, durch Querverbindungen — Grünzüge, Spazierwege und Kronenadestrafen — ringförmig verbunden werden. An Bildnissen wird das System erläutert.

Der Redner ging sodann näher auf die Siedlungsformen ein und verlangte gleichmäßige Berücksichtigung des Einfamilienhauses wie des Mehrfamilienhauses. Auf die Anlage von Dauererholungsanlagen müsse ausreichend Rücksicht genommen werden. Da in nächster Zeit die im Bebauungsplan vorgezeichneten Parkanlagen nicht durchgeführt werden können, so müßten an Stelle der Parkanlagen Kleingartengebiete vorgezogen werden, die in einer späteren Zeit nach und nach in öffentliche Anlagen umzuwandeln seien.

Eingehend auf die Bedeutung der Verkehrspläne, die einer großzügigen Stadterweiterung zugrunde zu legen seien, behandelte der Vortragende, daß keine gesetzliche Möglichkeit vorhanden sei die Eisenbahnverwaltungen zur Mitarbeit an der Aufstellung der Verkehrspläne zu zwingen. Überhaupt sei die städtebauliche Gesetzgebung noch nicht auf der Höhe, wie die Städtebauwissenschaft selbst. Immerhin gehört die badische Gesetzgebung zu den fortschrittlichsten unter den deutschen Ländern. Aber auch sie hätte noch viel zu tun und bedürfe des Ausbaues.

Aus dem Billinger Gemeindevoranschlag. Der Voranschlag schließt ab mit einer Einnahmen- und Ausgabensumme von 1.600.000 Mark. Zur Deckung des Fehlbetrages von 251.466 Mark werden vom Vermögensvermögen 60 Pf. pro 100 Mark Steuerwert, vom Betriebsvermögen 90 Pf. pro 100 Mark Steuerwert erhoben. Hierzu kommt die vom Landtag zu beschließende Gebäudewerksunternehmer mit voraussichtlich 8—12 Pf. pro 100 Mark Steuerwert pro Monat.

Das 90 Hektar große Oberhöpferalm Almend, das sich zwischen der Schutter und der Bahnhalle in einer Länge von etwa 2 Kilometer von Osten nach Nordwesten erstreckt, soll jetzt endlich der fortgesetzten Überschwemmungsgefahr entzogen werden. Die etwas hoch gelegene Schutter verurteilt schon bei mittlerem Wasserstand vielfach eine Überschwemmung der Almendwiesen, die bei dem wenig durchlässigen Untergrund sich für die Gemeinde Oberhöpferalm recht unangenehm bemerkbar machte. Der einzige Entwässerungsgraben, der Durchgraben, war vollkommen unzureichend, häufig konnte der Grasertrag überhaupt nicht eingeholt werden. Schon vor 70 Jahren wollte man diesen Kanal mit zu Leibe geben, aber immer wieder scheiterte die Durchführung an den hohen Kosten. Nunmehr aber hat man die Entwässerungsarbeiten in Angriff genommen, und zwar soll zunächst ein Hauptentwässerungskanal, der unterhalb der Dundenheimer Mühle in die Schutter einmündet, erstellt werden. Auch der schon vorhandene Durchgraben wird erweitert. Schließlich sollen auch neue Wege angelegt werden, um an das Gelände besser herankommen zu können. Nach Fertigstellung der Arbeiten dürfte es der Gemeinde Oberhöpferalm allmählich möglich werden, für ihren nicht unbeträchtlichen Viehbestand selbst eine regelmäßige Futterernte in die Scheuer zu bringen. Das ganze Werk wird nicht nur Oberhöpferalm, sondern auch den angrenzenden Gemeinden von großem Nutzen werden, so z. B. Friesenheim, Diersburg usw.

Aus der Landeshauptstadt

Beim Postamt Karlsruhe waren Ende Mai 1924 38.386 Kontoinhaber vorhanden. Auf den Postgeldrechnungen sind in diesem Monat gebucht worden: 142.517.000 Mark Guthaben, darunter 341.437 Einzahlungen mit Zahlkarte über 37.775.000 Mark und 449.954 Überweisungen über 104.557.000 Mark. Die Lastschriften betragen 144.560.000 Mark. Darunter befanden sich 8294 Kassenschecks über 5.283.000 Mark, 1003 im Reichsbank giro- und Abrechnungswege beglichene Auszahlungen über 6.910.000 Mark, 132.142 Zahlungsaufweisungen über 19.567.000 Mark und 473.869 Überweisungen über 112.800.000 Mark. Der Gesamtsatz im Monat Mai betrug hiernach 287.077.000 Mark. Davon wurden bargeldlos abgewidmet 224.860.000 Mark oder 78,15 v. H. Das Gesamtgut haben der Kontoinhaber des Postamts macht am Monatschluß 15 Millionen Mark aus.

Ausprägung von Rentenmarkgeld. Zurzeit sind für 9,25 Millionen Rentenmarkpfennige ausgeprägt und in Umlauf gesetzt. Die Ausprägung von Silbermünzen beläuft sich auf 34 Millionen Mark. Die gesamten Münzen sind Staatsgeld und nicht etwa Reichsbank- oder Rentenbankgeld. Die Münzstätten liefern allerdings das Prägergebnis an die Reichsbank ab, welche das Reich als Verteilungsapparat benutzt.

Neuerung im Telegrammverkehr. Eine für den Geschäftsverkehr wichtige Neuerung ist seit kurzem im Punkttelegrammverkehr mit Nordamerika und darüber hinaus „via Transradio“ eingeführt worden. Auch in diesem Verkehr wird künstlich bei dringenden und vollbezahlten Telegrammen in beiden Richtungen der Tag und die Zeit der Aufgabe des Telegramms übermittelt. Diese Angaben werden im Kopf der Telegrammbordrude hinter der Wortzahl aufgeführt, wobei in den hier ankommenden Telegrammen die Zeit als dreibezw. vierstellige Zahlengruppe — unter Hinzufügung der Abkürzung „m“ für vor- oder „s“ für nachmittags — eingetragen wird.

Maschinen- und Geräteausstellung. Die Bad. Landwirtschaftskammer veranstaltet in der Zeit vom 20. bis 24. September in der großen Ausstellungshalle in Karlsruhe und auf dem sie umgebenden Festplatz eine große Ausstellung für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, Düngemittel und Pflanzenschutzmittel. — Zu gleicher Zeit veranstaltet der Pfingstgenossenschaftsverband in Durlach eine allgemeine landwirtschaftliche Ausstellung und das städtische Schlachthausamt in Karlsruhe einen Mastvieh- und Pferdemarkt.

Der Reichsbund der Kriegsbefähigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen, Gau Baden, hält am 28. und 29. Juni ds. J. in Karlsruhe seinen 4. badischen Gau-tag ab. Die Verhandlungen werden im Sitzungssaal des Landtages vor sich gehen. Zu der Tagung werden Delegierte aus allen Teilen des Landes in erheblicher Zahl erscheinen, außerdem werden die Spitzen der Behörden vertreten sein.

Freiwillige Feuerwehr A.-Mühlburg. Am Sonntag abend hielt die Freiwillige Feuerwehr A.-Mühlburg am Steighaus ihre Hauptübung ab, der Oberbaurat Seib vom Maschinenbauamt, Oberkommandant Geuser und 2. Kommandant Daler, Adjutant Schönherr, Hauptmann Schüb, sowie Vertreter der Feuerwehr der Maschinenbaugesellschaft und der Feuerwehr Sinner-Grünwinkel teilnahmen. Zuerst erfolgte ein Brandangriff sämtlicher Abteilungen, dem dann ein Hauptangriff folgte. Die Übung nahm unter Leitung des 2. Kommandanten Dalt einen guten Verlauf. An die Übung schloß sich im Saale der Westendhalle ein Bankett an.

Maler Kallmorgen gestorben. Der Maler Friedrich Kallmorgen ist gestern abend auf seinem Landgut in Gröningen bei Durlach plötzlich infolge eines Herzleidens gestorben. Er war geboren im Jahre 1856 in Altona bei Hamburg und hatte seine künstlerische Ausbildung zuerst in Düsseldorf und dann in Karlsruhe erhalten. Die Hügellwelt des Pfingstales und die Eiblandchaft bei Durlach lieferten ihm hauptsächlich die Motive zu seinen Werken.

Kurze Nachrichten aus Baden

Wiederaufnahme des Zugverkehrs zwischen Luffhof und Speyer

Am 3. Juni ist der Zugverkehr zwischen Luffhof und Speyer nach dem im Kursbuch für Baden bereits angegebenen Fahrplan wieder aufgenommen worden. Die Umabfertigung der Reisenden und des Gepäcks erfolgt in Luffhof. Die franz. Pass- und Zollprüfung wird in Speyer Rheinstation vorgenommen.

Mannheim, 4. Juni. Wie das Stadt. Nachrichtenamt mitteilt, wurde dieser Tage die hiesige Kinderpeisung (Auslandspeisung) von Hr. William Eves, Leiter der amerikanischen Quäkerkommission, Herrn Hans Gramm, Leiter des Deutschen Zentralauschusses für die Auslandspeisung G. R. Wdt. Kinderpeisung und Fräulein Anna Gfingler, Leiterin des badischen Landesauschusses für Kinderpeisung besichtigt. Die Gäste haben sich über die hiesigen Einrichtungen sehr lobend ausgesprochen. Mannheim wird zurecht reichlich mit Auslandspeisungsmitteln bedacht, so daß 6.611 Schulkinder, 343 Kleinkinder, 651 Jugendliche täglich gespeist werden können. Außerdem werden folgende Anstalten mit Lebensmitteln unterstützt: Viktor-Reneffst Redargemünd; Kindererholungsheim Lang, Sandorf; Stadt. Kinderheim Rheinau; Waldholungsheim; Lungenklinik; St. Josephshaus, Bellenstr. 59; Kindergarten, Eisenstr. 7; Ev. Ledigenheim; Kath. Jugendheim und die Speisung in den Kinderhorten. Ferner erhalten noch 700 werdende und stillende Mütter sogenannte Mütterpakete; für 600 Kleinkinder stehen Lebertran und vorzügliche Trockenmilch zur Verfügung. Sehr erfreut waren die Gäste darüber, daß in den Küchen und in einer ganzen Reihe von Schulabteilungen ehrenamtliche Hilfsdamen schon seit Jahr und Tag für die Kinder tätig sind.

DZ. Mannheim, 3. Juni. Heute nacht entlief aus dem Bahnhof in Kästertal zwischen dem Überwachungsamt und fünf Personen, die einen Eisenbahnwagen erbrochen hatten, eine Schieberei, bei der ein Mann des Ordnungsdienstes schwer verletzt wurde. Dem Vernehmen nach befinden sich die Täter in Haft. Weitere Einzelheiten sind von der im Gang befindlichen Untersuchung zu erwarten.

DZ. Bruchsal, 3. Juni. Bankdirektor Julius Haffelberger bei der Rheinischen Creditbank hier, konnte sein 40. jähriges Dienstjubiläum feiern.

Baden-Baden, 3. Juni. Unter Vorsitz des Präsidenten des Statistischen Reichsamts, Geh. Rat Prof. Dr. Bagemann, sind die Vertreter der Statistischen Zentralstellen des Reichs und der Länder zu einer mehrtägigen Konferenz über die Frage der Vereinfachung über Abbau der amtlichen Statistik zusammengetreten. Den Verhandlungen wohnt auch der Sparkommissar von Berlin bei.

DZ. Kehl, 3. Juni. Die bereits angeforderte Verordnung Nr. 257 der Rheinlandkommission, die jetzt veröffentlicht wird, besagt, daß in den besetzten Gebieten sich kein Verein mit militärischen Dingen befassen darf. Er darf keine Mitglieder weder im Treffenhandwerk ausbilden, noch im Gebrauch der Kriegswaffen üben lassen; auch darf er nicht mit anderen Vereinigungen in Verbindung treten, die zum Kriegsministerium, der Armee oder irgendeiner Militärbehörde Beziehungen haben. Solche Vereine können aufgelöst werden, die Satzungen sind auf Verlangen einzureichen. Das obige Verbot gilt auch für Lehraufstellungen. Weiter dürfen Bewohner des besetzten Gebietes an keinem im unbesetzten Gebiet eingerichteten praktischen und theoretischen Militärunterricht teilnehmen und keinen Robilmachungsmaschinen Folge leisten. Ausgenommen ist das in den Artikeln 4 und 175 des Versailler Vertrages vorgesehene Dienstverhältnis.

DZ. Durlach (Amt Offenburg), 3. Juni. Gestern nachmittag gegen 4 Uhr ging ein schweres Hagelwetter hier nieder, das besonders den Hochgebirgen großen Schaden brachte. Die Hochgebirge wurden teilweise bis auf einen halben Meter aufgerissen. Nebel und Regen wurden herabgeschwemmt. Aber den Umfang der Schäden läßt sich zurzeit noch gar nichts genaues sagen. — Auch im Kinigial hat das Unwetter vom Samstag abend schwere Folgen gehabt. In Goffetten zündete der Blitz und scherte ein landwirtschaftliches Anwesen ein.

DZ. St. Georgen, 3. Juni. Der zweite Verbandstag der süddeutschen Konsumvereine wurde unter dem Vorsitz des Direktors Liebmann-Frankfurt fortgeführt. Auf der Tagesordnung standen Referate über die Bedeutung der deutschen Fleischversorgung, und über die drei Steuernotverordnungen

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen in Millionen Mark

	4. Juni		2. Juni	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam	1 565 100	1 572 900 ¹⁰⁰	1 571 100	1 578 900 ¹⁰⁰
Kopenhagen	705 700	709 200 ¹⁰⁰	705 700	709 300 ¹⁰⁰
London	18 155 000	18 245 000 ¹⁰⁰	18 080 000	18 170 000 ¹⁰⁰
New York	4 190 000	4 210 500 ¹⁰⁰	4 190 000	4 210 500 ¹⁰⁰
Paris	215 500	216 500 ¹⁰⁰	205 000	206 000 ¹⁰⁰
Schweiz	735 700	739 300 ¹⁰⁰	737 200	740 800 ¹⁰⁰
Wien	122 450	123 005 ¹⁰⁰	122 700	123 300 ¹⁰⁰
Wien (100 Kronen)	58 900	59 100 ¹⁰⁰	58 900	59 100 ¹⁰⁰

Die kleine Ziffer bedeutet die Zuteilung in Prozent

und ihre Auswirkung auf die Konsumvereine. Das erste Referat über die Bedrohung der deutschen Fleischversorgung hielt Heinrich Kaufmann-Hamburg. Der Referent betonte, daß, um die durch den Raubbau, der während des Krieges betrieben werden mußte, entstandenen Schäden im Bezug auf die Volksgesundheit zu beseitigen, Deutschland auf die Einfuhr von Fleisch aus dem Ausland angewiesen ist. Die Unterbindung dieser Einfuhr würde eine beträchtliche Preissteigerung inländischer Produkte hervorgerufen. Die Einfuhr von Gefrierfleisch müsse mit allen Mitteln gefördert werden. Die Reichsregierung habe dem Verlangen auf rechtliche Festsetzung der gegenwärtigen Einfuhrerleichterungen bereits Rechnung getragen, indem auf Grund des Ermächtigungsgesetzes mit Zustimmung des Reichsrats eine Verordnung erlassen wurde, nach der bis zum Ablauf von 10 Jahren die Fleischzufuhr gestattet wird. Hiergegen haben sich die landwirtschaftlichen Organisationen gewendet. Der Verbandstag tritt jedoch für Beibehaltung dieser Verordnung ein und nahm eine entsprechende Entschließung einstimmig an.

Billingen, 28. Mai. Der Schwarzwaldrachtenverband gibt als Heimatblatt eine Verbandszeitschrift heraus, unter dem Titel „Unsern Rosenhut“. Die erste Nummer ist soeben erschienen. Nicht nur die Volkstracht, die den ausdrucksvollsten und anschaulichsten Teil des Volkstums darstellt, wird dabei gepflegt, sondern ebenso Geschichte und Kunst und die Besonderheiten und Merkwürdigkeiten in Natur und Volkskunst auf dem hohen Schwarzwald. Besondere Sorgfalt ist der Mundart gewidmet. Die erste Nummer der Zeitschrift bringt ein entsprechendes Geleitgedicht in Mundart von dem bekannten badischen Heimatdichter Rudolf Wintermantel. Weiter wird in einem längeren Artikel von der ältesten Frau als Mitglied des Verbandes und vielleicht des ganzen Landes erzählt, von einer noch rüstigen Hippenträgerin von 98 Jahren, deren 16 Ahnen als Hofbauern bereits um 1650 geboren sind. Ein anderer Aufsatz bringt die Überlieferung der ältesten, dem Namen nach bekannten alemannischen Bewohnerin. Dieses ist die langgestundige Wiffula, deren Wiege im 4. Jahrhundert an der Quelle der Donau stand. Abbildungen zeigen die Brigachquelle, die Wiege der Donau, den Kirchbarnhof dahinter, und eine Trachtenstube aus dem ehemaligen Klosteramt St. Georgen. Herausgeber der Zeitschrift ist Dr. Weiß von Mändweier.

DZ. Nenzen (Amt Vörrach), 3. Juni. Eine schreckliche Tat richtete hier am Montag eine ganze Familie zugrunde. Der in der alten Spinnerei wohnende 40 Jahre alte Fabrikarbeiter Anton Geiger ermordete seine Frau mit einem Messer und brachte sich selbst so schwere Verletzungen bei, daß er nach einer Stunde starb.

Singen a. S., 4. Juni. Die streikenden Eisenbahner haben in mehreren Versammlungen zur Streikfrage Stellung genommen. Angesichts dessen, daß die Lohnverhandlungen in Berlin begonnen, eine Gesamtabstimmung aus dem Reich noch nicht vorliegt, haben die Streikenden durch geheime Abstimmung den vorläufigen Abbruch des Streiks zum Ausdruck gebracht. Die Arbeit wurde am Dienstag mittag geschlossen aufgenommen.

DZ. Süddeutsche Fein- und Strohpreise. Es notierten an der letzten Börse je 100 Kilogramm Weizenheu 8 bis 7 (8,5 bis 7,5), Kleeheu 7 bis 8 (7,5 bis 8,5), drahtgepresstes Stroh 4 bis 5 Goldmark.

Von der Berliner Börse. Der Börsenvorstand hat beschlossen, bis auf weiteres Samstag eine Festsetzung der Devisennotierungen nicht mehr stattfinden zu lassen.

Vom süddeutschen Holzmarkt. In der letzten Zeit haben wieder verschiedene Versteigerungen stattgefunden, bei denen wegen der erfolgten Minderangebote der Zuschlag nicht erteilt worden ist, in Baden zuletzt in Bretten, woselbst eine Stammholzversteigerung wegen zu niedriger Gebote ergebnislos verlief. Bei einem gemeinschaftlichen Holzverkauf der staatlichen Forstämter Baiersbrunn, Kloster-Reichenbach, Freudenstadt, Oberal und Schönmünzach wurde kein genügendes Gebot abgegeben. Obwohl die in der Gegend ansässigen Werke Kaufneigung hatten, war ihnen ein Gebot nicht möglich, da die Forstämter kein Holz unter 110 pCt. zuschlagen. Die Käuferkreise vertreten die Ansicht, daß solche Preise umso mehr ausgeschlossen sind, als die Holzpreise von heute noch 15 bis 20 pCt. über den Vorkriegspreisen liegen. Die Tatsache, daß die Holzzufuhr freigegeben ist, hat bei den in Deutschland geltenden Holzpreisen bisher noch keinerlei Einfluß auf den Export gehabt, zumal in Deutschland Angebote aus der Tschecho-Slowakei vorliegen, die sich selbst unter Einrechnung aller ausländischen und deutschen Abgaben billiger stellen als die deutschen Holzpreise. Für den süddeutschen Markt hat dies zur Folge, daß die sächsischen Papierfabriken, die früher in Bayern, Württemberg und Baden einkauften, ihren Bedarf über die Oligrenze beden. Das gleiche gilt für die österreichischen Zechen, da sich Polen angeht, feiner angepannten Finanzlage bemüht, die Holzzufuhr zu fördern. Auch die süddeutschen Sägewerke kommen als Käufer kaum in Frage, da es ihnen an Absatz wie an Geld fehlt.

Die süddeutsche Getreidelage. Am Getreidemarkt setzte sich der Preisrückgang für Inlandsgetreide fort, während das Ausland weiter fest lag, was dann gegen Wochenschluß zu einer etwas besseren Stimmung auf dem inländischen Markt führte.

Geschäftsaufsicht über eine Mannheimer Getreidefirma. Die Firma Gottschall Frohmann, Getreide-Großhandlung Mannheim hat sich unter Geschäftsaufsicht gestellt. Alle Voraussetzungen sind die Schwierigkeiten der Firma in Kürze erledigt.

DZ. Zunahme der Konturfe. Die Kurve der Konturfe ist im Mai weiter bedeutend angestiegen. 133 Konturfe im April stiegen im Monat Mai 322 Konturfe gegenüber (700 bis 800 Konturfe pro Monat in der Vorkriegszeit). Diese Ziffer gibt jedoch kein wahres Bild über das Ausmaß der überall auftretenden Zahlungsschwierigkeiten, da die mancherorts bestehende Geschäftsaufsicht zahlreiche Konturfe zunächst verbindert bezu. hinausgeschoben hat. In den letzten Monaten wurden an Konturfe eröffnet: Nov. 8, Dez. 17, Jan. 31, Febr. 41, März 68, April 133, Mai 322.

Staatsanzeiger

Nr. 45 957.
Norm. XXV 2.

Sicherheitsleistung für Auswanderungsagenten.

An die Bezirksämter

Bei Neuzulassung von Auswanderungsagenten ist gemäß § 14 des Auswanderungsgesetzes vom 9. Juni 1897 fünfjährig als Sicherheit mindestens der Gegenwert von 1500 Goldmark zu hinterlegen. Die Hinterlegung hat in wertbeständigem Geld oder in Schuldberechtigungen des Reichs oder der Länder zu erfolgen.

Unter den in dem Erlass vom 5. Dezember 1921 Nr. 94 887 angegebenen Voraussetzungen kann jedoch im Einzelfalle vom Ministerium des Innern nachgelassen werden, daß die Sicherheit in Schuldberechtigungen des Reichs oder der Länder für den Minimalbetrag von 1500 M. geleistet wird, wenn gleichzeitig von dem Auswanderungsunternehmen eine unter Verzicht auf die Einrede der Vorausklage abgegebene selbstschuldnerische Bürgschaft in Höhe des Unterschieds zwischen dem jeweiligen Gegenmarktwert der hinterlegten Summe und dem Betrag der in Goldmark festzusetzenden vollen Sicherheit gestellt wird. Von einer Aufwertung bisher geleisteter Sicherheiten wird, falls nicht gegen die Zuverlässigkeit des betreffenden Agenten besondere Bedenken bestehen, bis auf weiteres Umgang genommen.

Karlsruhe, den 2. Juni 1924.
Der Minister des Innern
Remmele

Die am 24. und 25. April d. J. bei der Wasser- und Straßenbauverwaltung abgehaltene Verwaltungsausschüßtenprüfung haben bestanden:

Karl Heimburger von Ottenheim, Nikolaus Hoffstätter von Redargemünd, Wilhelm Kraft von Doffenheim.

Karlsruhe, den 30. Mai 1924.
Badische Wasser- und Straßenbau-Direktion.
H. A. Ferg.

Badisches Landestheater Karlsruhe.

Richard Strauß-Festwoche

Donnerstag, den 5., abends 8 Uhr: (Sp. I 8.—)
IV. Abend: In der Neueinstudierung: **Salome**.
Leitung: Der Komponist. Salome: Kammer-
sängerin Aline Sanden von der Großen Volks-
oper Berlin. (Th.-Gem. B.V.B. Nr. 701—900,
3001—3100.)

Freitag, den 6., abends 8 Uhr: (Sp. I 8.—)
V. Abend: **Die Josephslegende**. Vorher:
Tod und Verklärung. Leitung: Der Kom-
ponist. Gastspiel Irl Gadesow (Joseph) und
Ami Schwaninger (Potiphars Weib). Th.-Gem.
B.V.B. Nr. 301—500.

Samstag, den 7., abends 7 Uhr: (Sp. I 5.40)*
VI. Abend: Neueinstudiert: **Elektra**. (Th.-
Gem. B.V.B. Nr. 1601—1900, 2501—2600.)

Wilh. Zeumer

Kaiserstrasse 125/127

Extra billiges Pfingst-Angebot! Strohhüte

für Herren, Knaben und Kinder

Spezialität
echte

Panamas

ausgesuchte
Exemplare

Ganz überraschend große Auswahl

Detektiv- u. Privat-
Rückkunftel
„Argus“ Mannheim
O. 6. 6.
Planken 3.47
Fernspr. 3303
R. Majer & Co., G. m. b. H.

Verkaufe

am Samstag, den 7. Juni
1 Kombi-Hobelmaschine, neu,
600 mm Durchl., 6 Stichen-
büffel, tannen, 1 Zimmer-
büffel, eichen, 150 groß,
1 Schreibstisch, tannen, 1
Mischgenüßige, neu, 90 Liter
Stundenleistung, gegen
günstige Zahlungsbedin-
gungen. B. 367

Franz Bronner,
Schreinerei
Reinholden D. M. Sulz
Telephon Nr. 6.

Herrenstoffe
Herrentuchhaus
Herrenstraße 22

Volksschauspiel Ötigheim.



Aufführung: Jeden Sonntag vom
1. Juni bis 5. Oktober

Ausgenommen: 29. Juni, 13. Juli und 31. August.
700 Mitwirkende

Preise: 1—6 Mk., Stehplatz 50 Pfg.
Anfang 1/2 Uhr Ende 1/2 7 Uhr.

Fahrtpreismässigung durch Sonntagsfahrkarten.
Vorverkauf:
Ötigheim Theaterkasse. Tel. 61 Rastatt.

Vorverkaufsstellen:
Herder'sche Buchhandlung
Zeitungskiosk beim Hotel Germania
Buchhandlung Kraus, Baumeisterstr. 4
Zigarngesch. Herrmann, Sofienstr. 126

Sämtliche Sportartikel

in bekannt preiswerter und erstklassiger Ausführung

Inh.:
W. Blicher



Kaiserstrasse 174
Telefon 5218

Am Pfingsttag, den 7. Juni 1924

bleiben unsere sämtlichen Geschäftsräume
geschlossen

Reichsbankstelle Badische Bank Baer & Elend Darmstädter und Na- tionalbank Filiale Karlsruhe Ignaz Ellern Veit L. Homburger Mitteldeutsche Cre- ditbank Filiale Karlsruhe Rhein. Creditbank Filiale Karlsruhe	und deren Depo- sitenkassen Städtische Spar- und Pfandleihkasse Straus & Co. Süddeutsche Discon- togesellschaft Filiale Karlsruhe u. deren Depositen- kassen Vereinsbank Karls- ruhe
---	---

Die Fahrt ins Glück vierter Klasse

Am 7. Juni werden in der 4. Klasse der
Preuss. Südd. Klassen-Lotterie
wiederum 9000 Gewinne mit ca. 1.700.000.— R.-M.
gezogen. Die folgende Klasse ist dann die Schlüs-
selklasse, in der allein 66000 Gewinne im Gesamtbetrag
von über

14 1/4 Millionen Rentenmark
ausgespielt werden. Die Gewinnchancen sind unge-
heuer günstig. Wer also sein Glück versuchen will,
wende sich baldigst wegen eines Loses an den

staatl. Lotterie-Einnehmer Zwerg
Karlsruhe, Hebelstr. 11, am Rathaus

Preise pro Klasse: D. 363

1/8	1/4	1/2	1/1	Lo-c
3.—	6.—	12.—	24.—	R.-M.



Große Preisermäßigung in Kinderwagen und Korbmöbel

Feine Kinderwagen mit Gummi 40.— 45.— 60.—
" Promenadewagen mit Gummi 35.— 40.— 60.—
" Klappwagen mit Gummi 11.— 16.— 25.—
" Klappwagen mit Verbed ganz geschlossen 30.— 35.— 45.—

Korbmöbel
Subile Sessel mit Wulstrand 6.— 7.50 und 10.—
Ganze Garnituren, 2 Sessel, Tisch und Bank 25.— 30.— bis 30.—
Ganze Garnituren, gepolstert 60.— 65.— 100.—

Größte Auswahl Nur gute Fabrikate
J. HESS, Kaiserstraße 123